Migration.

Etappen.
Konflikte.
Anerkennungskämpfe.

Eine Ausstellung von Mosaik e. V. mit Unterstützung von: IG Metall Vorstand, Ressort Migration und Teilhabe, Düsseldorfer Beiträge „Respekt und Mut“/Düsseldorfer Appell, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Multikulturelles Forum und Stadtbüchereien Düsseldorf

IG Metall Vorstand, Ressort Migration und Teilhabe

Landeshauptstadt Düsseldorf
Stadtbüchereien

FOTO: GERNOT HUBER

1. Anwerbeabkommen

Wir begrüßen unsere Gäste ...

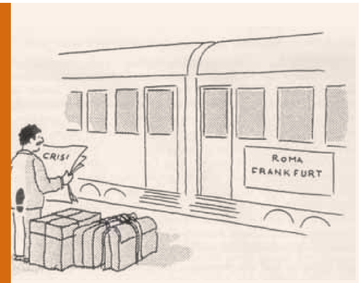
FOTO: DGB BILDUNGSWERK DÜSSELDORF 1989

die wir zuvor sorgfältig ausgewählt haben.

FOTO: JEAN MOHR

Der Millionste ausländische Gastarbeiter, Hernando Rodrigues de Sá aus Portugal, wird 1964 auf dem Kölner Bahnhof empfangen.

Anwerbeabkommen
1955 mit Italien
1960 mit Spanien, Griechenland
1961 mit Türkei
1964 mit Portugal
1968 mit Marokko, Tunesien, Jugoslawien



Ursachen der Ausländerbeschäftigung
- Wirtschaftswachstum
- Gründung Bundeswehr
- Mauerbau 1961
- Arbeitszeitverkürzung
- Verlängerung von Urlaub

Vom Bahnhof ging es ins „Gastarbeiterlager“. Für die Unterbringung der angeworbenen ausländischen Arbeitnehmer nutzten die Unternehmen in den 50er Jahren alles, was ein Dach hatte: Abbruchhäuser, umgebaute Produktionsstätten, Lager und Verwaltungsgebäude. Wenn diese auf dem Firmengelände standen, waren die Unterkünfte häufig von Stacheldraht umzäunt. In den ersten Jahren galten für die Arbeiterwohnheime noch Richtlinien aus der Nazizeit von 1934. Ab 1964 galten neue Regeln für die Mindestausstattung.

1971 betrug die in den Heimen zu zahlende Miete in Nordrhein-Westfalen durchschnittlich 49 Mark. Das war gering, doch für die gebotene Lebensqualität wiederum sehr hoch. Eine Hausordnung im Kasernenhofstil verbot häufig Besuche von Frauen. Spätestens um 22 Uhr war „Zapfenstreich“.

FOTOS: TAFEL 1: MANFRED VOLLMER

„Richtlinien“ regelten alles. Zum Beispiel: Eine Herdstelle für jeweils zwei Personen. Drumherum war es zum Davonlaufen und zum Weinen.

Mehr als das Allernötigste sah die Ausstattung nicht vor. Die Richtlinien von 1964: Pro Person vier Quadratmeter Raum in 6-Personen-Zimmern. Ob Arbeiterwohnheime angemessen waren, kontrollierten die Arbeitsämter. Beschwerden von ausländischen Arbeitern gab es so gut wie nie, da sie die Sprache nicht beherrschten und die „Richtlinien“ nicht kannten.

Die hygienischen Verhältnisse waren oft katastrophal. Dafür funktionierte die Bürokratie: Ein Waschbecken für jeweils fünf Personen, eine Dusche für zwanzig und eine Toilette für jeweils zehn Heimbewohner. In der ersten Phase der Ausländerbeschäftigung lebten die meisten Arbeitsmigranten als „lediggehende“ Männer und Frauen in Massenquartieren, in Wohnheimen, nach ethnischer Zugehörigkeit und Geschlecht getrennt.

Italienische Belegschaftsmitglieder beim technischen Unterricht, 1966. Mannesmannröhren Werke Düsseldorf-Rath.

2. Migranten als Lückenfüller. Im Auf und Ab der Konjunktur in den 60 er Jahren … bis 1973

Demo für unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis 1966/67. Die erste Rezession der deutschen Wirtschaft seit Gründung der Bundesrepublik machte aus zuvor geschätzten Mitarbeitern unerwünschte Ausländer. Diese Pufferfunktion der Ausländerbeschäftigung funktioniert bis heute. Die rechtlichen Steuerinstrumente sind die Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis.

FOTOS TAFEL 2: MANFRED VOLLMER

Deutsche haben Vorrang.

Inländervorrang: „§ 19 Arbeitserlaubnis für Ausländer:

(1) Arbeitnehmer, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes sind, bedürfen zur Ausübung einer Beschäftigung einer Erlaubnis der Bundesanstalt, soweit in zwischenstaatlichen Vereinbarungen nichts anderes bestimmt ist. Die Erlaubnis wird nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes unter Berücksichtigung der Verhältnisse des einzelnen Falles erteilt.

Für die erstmalige Beschäftigung kann die Erteilung der Erlaubnis für einzelne Personengruppen davon abhängig gemacht werden, dass sich der Ausländer unmittelbar vor der Antragstellung eine bestimmte Zeit, die vier Jahre nicht überschreiten darf, erlaubt oder geduldet im Geltungsbereich dieses Gesetzes eingereist ist. Die Erlaubnis kann befristet und auf bestimmte Betriebe, Berufsgruppen, Wirtschaftszweige oder Bezirke beschränkt werden. Arbeitgeber dürfen Arbeitnehmer, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes sind, nur beschäftigen, wenn die Arbeitnehmer eine Erlaubnis nach Satz 1 besitzen."

Arbeitserlaubnisverordnung:

„(1) Die Erlaubnis nach § 19 Abs. 1 des Arbeitsförderungsgesetzes (Arbeitserlaubnis)

kann nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes erteilt werden

1. für eine bestimmte berufliche Tätigkeit in einem bestimmten Betrieb oder

2. ohne Beschränkung nauf eine bestimmte berufliche Tätigkeit und ohne Beschränkung auf einen bestimmten Betrieb."

Aufenthaltserlaubnis:

(1) Ausländer, die in den Geltungsbereich dieses Gesetzes einreisen und sich darin aufhalten wollen, bedürfen einer Aufenthaltserlaubnis. Die Aufenthaltserlaubnis darf erteilt werden, wenn die Anwesenheit des Ausländers Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht beeinträchtigt.

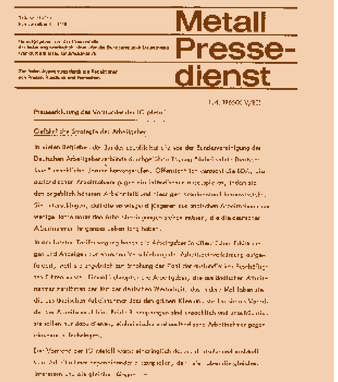
Mit dem Nachzug der Familien ab Mitte der 60er Jahre stand die Wohnungsfrage im Brennpunkt. Preiswerter Wohnraum war sehr knapp und viele Hausbesitzer wollten nicht an Migrantenfamilien vermieten.

Kundgebungen gegen Wohnungsnot und Mietwucher wie hier 1971 gehörten zu den Ausnahmen.

Für die „Nachzugskinder" entschied häufig der Zufall über das Maß an schulischer Bildung. Sprach- und Förderunterricht gab es in den Regelklassen der Grundschulen für ausländische Kinder meistens nicht.

In den 60er Jahren erklärten die Arbeitgeber öffentlich, dass sie mit italienischen Arbeitern nicht zufrieden seien und daher bevorzugt Türken und Griechen beschäftigen wollen.

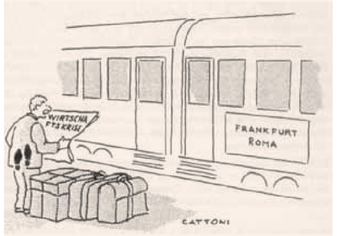
Auf einer Tagung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) im März 1966 lobte der damalige stellvertretende Vorsitzende der BDA, Hans-Martin SCHLEYER, den Fleiß der ausländischen Arbeiter. Er sagte, die ausländischen Arbeiter seien, im Gegensatz zu ihren deutschen Kollegen, kaum krank.



Daraus machte die BILD-Zeitung folgende Schlagzeile:

Schlagzeilen der BILD-Zeitung in den 60er Jahren

Anwerbestopp 1973



Der Anwerbestopp der Regierung Brandt von 1973 hatte zwei Seiten:

Die Grenze für anreisewillige Arbeitsmigranten wurde geschlossen – andererseits sollte sich die soziale Lage der in Deutschland lebenden Familien konsolidieren bis verbessern.

Der erste Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, der frühere NRW Ministerpräsident Heinz Kühn, forderte eine bessere Schulbildung für ausländische Kinder und eine kommunale Mitsprache der Einwanderer.

3. Migranten schlagen Wurzeln ... die Reaktion schlägt zu!

Die Ausländerkolonien in den Großstädten haben ein gemeinsames Merkmal: industriennahe Altbauten mit schlechter Bausubstanz.

1991 – Gebet eines Muslims abseits des Endlosbandes bei Opel in Bochum.

Populistische und fremdenfeindliche Aussagen von Politikern

Holger Börner (ehemaliger Minister Präsident des Landes Hessen):

„Es kommt, solange ich in Hessen etwas zu sagen habe, kein Türke mehr ins Land“ (Frankfurter Rundschau, 17.07.1981)

Lothar Späth (ehemaliger Minister Präsident des Landes Baden-Württemberg):

„Die Begrenzung des Ausländeranteils ist von grundsätzlicher Bedeutung für eine geordnete, zukunftssichere wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Baden-Württemberg“ (Regierungserklärung, zit. nach_M. Schirmer, 1984)

Helmut Kohl (Ex-Bundeskanzler):

„Wir haben eine Entwicklung, in der auch geredet wird von Ausländerfeindlichkeit – ich glaube das nicht. Das ist doch in Wahrheit kein Problem der Ausländer, sondern das ist in Wahrheit ein Problem der großen Zahl, der zu großen Zahl von türkischen Mitbürgern in Deutschland“ (Der Spiegel Nr. 43, 1982)

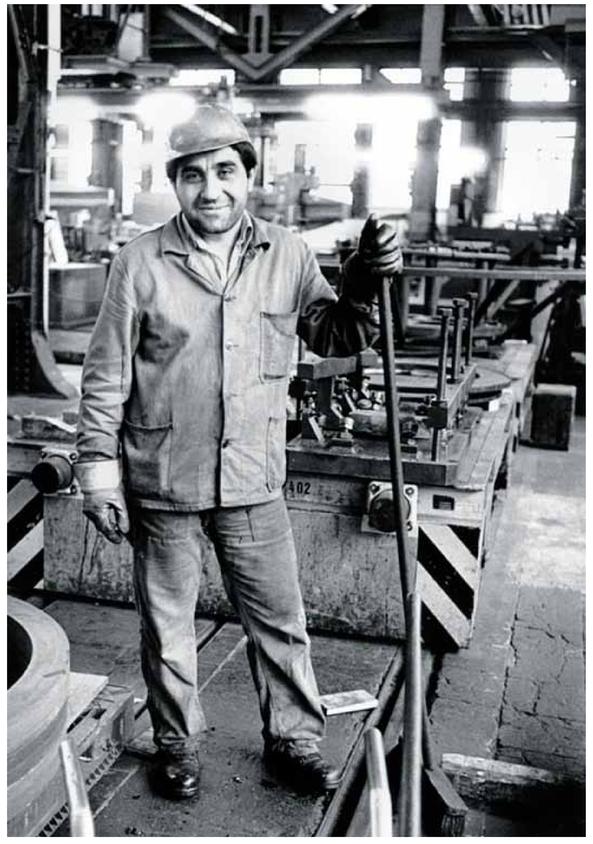
Werner Broll (innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion):

„Es geht an die Ehre eines Volkes, wenn es dulden soll, dass seine Großzügigkeit in teilweise schamloser Weise missbraucht wird“(...) „Der normale Mensch erträgt demonstrativ zur Schau getragene Andersartigkeit nur bis zu einer bestimmten Grenze“ (Der Spiegel Nr. 20, 1983)

Ernst-Albrecht (ehemaliger Ministerpräsident von Niedersachsen):

„Jeder ausländische Arbeitnehmer, der seinen Arbeitsplatz verläßt, macht einen Arbeitsplatz frei oder ist ein Arbeitsloser weniger“ (Der Gewerkschafter, Nr.5, 1986)

Ausländische Arbeitnehmer arbeiten überwiegend in angelernten Tätigkeiten in Gießereien, der Stahlindustrie oder im Fahrzeugbau. Diese Stellen sind prekär – stets durch Auslagerungen oder Rationalisierungsmaßnahmen gefährdet. Zwischen 1985 und 2003 stieg die Arbeitslosigkeit bei Migranten um fast 90 Prozent; zum Vergleich: Bei deutschen Arbeitslosen um lediglich 15 Prozent.



FOTOS TAFEL 3: MANFRED VOLLMER

Anfänge rassistisch motivierter Agitation und Gewalt

- Schutzbund für das deutsche Volk
- Bürgerinitative Ausländerstopp
- Deutscher Bürgerschutz
- Aktion Ausländerrückführung
- Bürgerinitative Demokratie und Identität
- Bürgerinitative Einwanderungsstopp
- Volksbewegung gegen Überfremdung
- Demokratische Bürgerinitative – Unsere Zukunft!Arbeitskreis Überfremdung
- Aktion Ausländerstopp
- Hamburger Liste Ausländerstopp
- Kieler Liste für Ausländerbegrenzung
- Auf informeller Ebene organisierte rechtsextreme Schlägertrupps (z.B. Skinheads, die Löwen, die Borussenfront usw.)

Das Heidelberger Manifest (Auszüge)

„Völker sind (biologisch und kybernetisch) lebende Systeme höhere Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch und durch Tradition weitergegeben werden. Die Integration großer Massen nicht-deutscher Ausländer ist daher bei gleichzeitiger Erhaltung unseres Volkes nicht möglich und führt zu den bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften.

Jedes Volk, auch das deutsche Volk, hat ein Naturrecht auf Erhaltung seiner Identität und Eigenart in seinem Wohngebiet. Die Achtung vor anderen Völkern gebietet ihre Erhaltung, nicht aber ihre Einschmelzung („Germanisierung“). Europa verstehen wir als einen Organismus aus erhaltenswerten Völkern und Nationen auf der Grundlage der ihnen gemeinsamen Geschichte.“

„Allein lebensvolle und intakte deutsche Familien können unser Volk für die Zukunft erhalten. Nur eigene Kinder sind alleinige Grundlage der deutschen und europäischen Zukunft.

Da die technische Entwicklung Möglichkeiten bietet und in gesteigertem Ausmaß bieten wird, alle Ausländerbeschäftigung überflüssig zu machen, muss es oberster Grundsatz zur Steuerung der Wirtschaft sein: nicht die Menschen zu den Maschinen zu bringen, sondern die Maschinen zu den Menschen.

Das Übel an der Wurzel zu packen heißt, durch gezielte Entwicklungshilfe die Lebensbedingungen der Gastarbeiter in ihren Heimatländern zu verbessern – und nicht hier bei uns. Die Rückkehr der Ausländer in ihre angestammte Heimat wird für die Bundesrepublik Deutschland als eines der am dichtesten besiedelten Länder der Welt nicht nur gesellschaftliche, sondern auch ökologische Entlastung bringen.“

Für den Heidelberger Kreis:

Prof. Dr. phil. Habil. Bambeck, Prof. Dr. Fricke, Prof. Karl Götz, Prof. Dr. phil. Haberbeck, Prof. Dr. rer. nat. Illies, Prof. Dr. theol. Manns, Prof. Dr. Dr. Oberländer/Bundesminister a. D., Prof. Dr. jur. Rasch, Prof. Dr. Riedl, Prof. Dr. med. Schade, Prof. Dr. rer. Pol. Schmidt-Kahler, Prof. Dr. rer nat. Schröcke, Prof. Dr. med. Schurmann, Prof. Dr. phil. Siebert, Prof. Dr. phil. Stadtmüller.

Für ausländische Jugendliche war es schon immer schwierig einen attraktiven Ausbildungsplatz zu finden. Berufsbildungsbericht 2000: “Von den jungen Ausländern zwischen 20 und 29 Jahren haben 33 Prozent keinen Berufsabschluss gegenüber 8 Prozent bei den gleichartigen Deutschen.“

4. Phase der Konsolidierung und Verdrängung – die 70er und 80er-Jahre

1983 lockt die Regierung mit der „Hau ab-Prämie“. Rund 300.000 Arbeitsmigranten aus Nicht-EG-Staaten kehren in ihre Herkunftsländer zurück. Der Exodus der türkischen Mannesmänner mit ihren Familien aus Duisburg-Hüttenheim macht bundesweit Schlagzeilen: Rund 4.500 türkische Männer, Frauen und Kinder verlassen die Stadt.

Einerseits:

- Die Anfänge einer dauerhaften Einwanderung
- Familienzusammenführung und Sesshaftigkeit

Andererseits:

- Zuzugssperre in sogenannte Ballungsgebiete
- Arbeitsverbot für nachgezogene Ehegatten
- Erschwerung des Familiennachzuges
- Einreiseverbot für Migrantenkinder ab dem 16. Lebensjahr
- Erleichterung von Ausweisung und Abschiebung

Briefe von Rückkehrern an einen türkischen Betriebsrat bei Mannesmann

Lieber Bruder H., **15. 04.1984**

wie du schon weißt, haben wir uns von der Lohnarbeit verabschiedet. Es ist nur eine kurze Zeit vergangen und schon bereuen wir diesen Schritt. Warum? Es gibt viele Gründe:

Das Leben ist hier in der Türkei unerträglich. Erstens ist alles sehr teuer, zweitens macht uns die Bürokratie zu schaffen. Wenn wir eine Behörde besuchen, knallt man uns die Türen zu. Also müssen wir uns vor diesen Beamten wie ein Untertan achtungsvoll bücken. (...)

Ohne viel zu überlegen, haben wir unseren Arbeitsplatz für eine Abfindung “verkauft“ und sind in unsere „Heimat“ zurückgekehrt. Ich muss aber gestehen, dass dieser Schritt ein großer Fehler war, und dass wir es bereuen. Ich wäre bereit, mehr als die Abfindungssumme, die ich bekam, (an Mannesmann) zurückzubezahlen, wenn ich einen Weg wüsste, um in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen. Erkundige Dich bitte, ob es eine Möglichkeit der Wiederkehr nach Deutschland gibt. Wenn ich wieder nach Deutschland kommen kann, werde ich mich wie ein kleines Kind freuen.

Ich bin überzeugt, dass Du Dich darum kümmern wirst.

Viele herzliche Grüße A.

Verehrter Freund H., **26.10.1985**

(...)

Vor ca. zwei Jahren kehrte ich in die Türkei zurück. In dieser Zeit konnte ich weder eine Arbeit finden noch eine bescheidene selbstständige Existenz aufbauen.

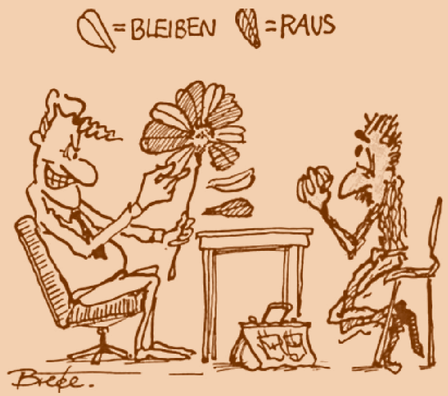
Ich lebe zur Zeit in Ankara. Die Rücklagen sind bald verbraucht. Ich habe gehört, dass Mannesmann wieder Arbeiter einstellt, die Rückkehrer werden, so hörte ich, vorrangig eingestellt. Da ich hier keine Arbeit finde und auch keine Zukunft sehen, schreibe ich Dir mit der Bitte, mir behilflich zu sein, damit ich wieder nach Deutschland kommen und eine Arbeit bei Mannesmann (egal welche) aufnehmen kann.

Frag bei Mannesmann, ob sie mich wieder haben wollen; sie wissen, wie gut ich bei Mannesmann gearbeitet habe.

(Meine Personal Nr. bei Mannesmann war: ...)

H.

Auf der Ausländerbehörde



Ausländergesetz § 10 Nr. 10:

„Ein Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn er den Lebensunterhalt für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht ohne Inanspruchnahme von Sozialhilfe bestreiten kann oder bestreitet.“

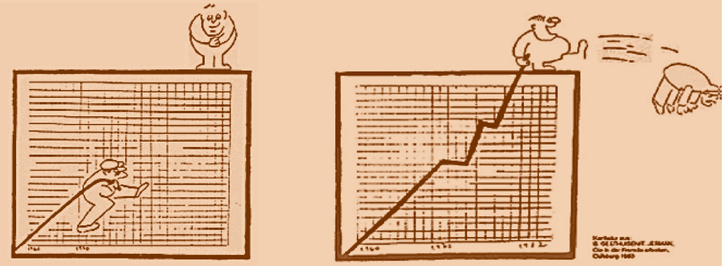
Ausländergesetz § 6 Ziffer 6:

„Soweit die Aufenthaltserlaubnis nicht zwingend wegen der Beeinträchtigung der Belange der Bundesrepublik Deutschland abgelehnt werden muss, entscheidet die Behörde nach pflichtgemäßem, der Natur der Sache nach weitem Ermessen.“

Ausländergesetz § 10 Nr. 11:

„Ein Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn seine Anwesenheit erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland aus anderen Gründen beeinträchtigt.“

Rückkehrhilfe-Gesetz (Hau ab-Prämien)



Gesetz für die Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern vom 28.11.83

§ 1 Anspruchsberechtigte

(1) Anspruch auf Rückkehrhilfe haben Arbeitnehmer, die 1. Angehörige eines Anwerbelandes sind, das nicht Mitglied der EG ist (2) durch Stilllegung des Betriebes oder wesentlicher Betriebsteile oder durch Konkurs nach dem 30.10.83 und bis zum 30.06.84 arbeitslos geworden sind...(3) bis zum 30.06.83 einen Antrag auf Rückkehrhilfe gestellt haben (4) im Besitz einer gültigen Aufenthaltserlaubnis oder -berechtigung sind.

§ 2 Höhe der Rückkehrhilfe

(1) Die Höhe der Rückkehrhilfe beträgt 10.500 DM.

Der Betrag erhöht sich für jedes Kind des Arbeitnehmers...um 1.500 DM.

FOTOS: TAFEL 4: MANFRED VOLLMER

5. Kampagne für Wahlrecht

Die Stunde Null – Ausländer verlassen die Stadt Düsseldorf.
Im Abstand von zehn Jahren – Anfang der 80er Jahre und 90er Jahre – legte das Sozialdezernat der Landeshauptstadt Düsseldorf jeweils eine Situationsanalyse der „Stunde Null“ vor: „Ausländer verlassen die Stadt Düsseldorf.“ Im Gegensatz zu den bis dahin in der Bundesrepublik veröffentlichten Untersuchungen eines derartigen „Szenarios“, die von einem plötzlichen Wegzug aller Ausländer ausgingen, wählten die Düsseldorfer eine realistische Variante, den allmählichen Wegzug der Ausländer innerhalb von zwei bis drei Jahren.

Wo dürfen Ausländer wählen? Viele Länder sind schon weiter:

- **Irland:** Aktives und passives Kommunalwahlrecht seit 1963.
- **Dänemark:** Seit 1981 Kommunalwahlrecht für Ausländer, die mindestens drei Jahre im Land leben, seit 1977 bereits für Ausländer aus den skandinavischen Ländern.
- **Niederlande:** 1984 Einführung des Kommunalwahlrechts nach Änderung der Verfassung.
- **Großbritannien:** Commenwealth-Ausländer erhalten nach fünf Jahren automatisch die britische Staatsangehörigkeit und das allgemeine Wahlrecht.
- **Spanien:** Passives Kommunalwahlrecht seit 1985.
- **Belgien:** Antrag im Parlament, das Grundgesetz zu ändern, damit das Kommunalwahlrecht verwirklicht werden kann.
- **Schweden:** Aktives und passives Wahlrecht bei Gemeindewahlen seit 1975.
- **Norwegen:** Kommunalwahlrecht (aktiv und passiv) für Ausländer, die drei Jahre dort leben.
- **Schweiz:** Seit 1849 in drei Kantonen Kommunalwahlrecht für Ausländer, die über ein Jahr lang dort leben. Kantonal-Wahlrecht für jene, die mehr als drei Jahre im Kanton leben.

Was also wäre, wenn die über 100000 nichtdeutschen Düsseldorfer die Stadt verlassen würden?

Was wäre, wenn die penetrante Forderung, die Ausländer sollen endlich wieder nach Hause gehen, Wirklichkeit würde? Die negativen Auswirkungen auf Nahverkehr, auf die Gastronomie, die Reinigungsfirmen, den Gesundheitsbereich, auf die Bauwirtschaft, den Tief- und Straßenbau, auf die Metallindustrie und andere, wichtige Wirtschaftszweige, und schließlich auf die Kultur der Stadt wäre erheblich, bilanzierte das Sozialdezernat seinerzeit: **„In einigen Bereichen ginge dieser Stadt buchstäblich das Licht aus.“** Ausländische Firmen, Ärzte, Künstler verließen die Stadt, Personal im Handel und in den Fabriken müsste entlassen werden, die Warenproduktion ginge zurück, es käme zu großen Steuerausfällen. Der Altersaufbau der Bevölkerung der Stadt verschöbe sich. Kurz: Die Lebensqualität und Attraktivität der Landeshauptstadt minderten sich erheblich. Es träten also keineswegs die „paradiesischen Zustände“ ein, welche die Gegner der Zuwanderung in Düsseldorf von einem Wegzug der Ausländer erwarten. Und gegenüber dem vor zehn Jahren erarbeiteten Planspiel „Ausländer verlassen die Stadt Düsseldorf“ würden sich heute noch dramatische Auswirkungen zeigen.

FOTOS TAFEL 5: MANFRED VOLLMER

6. SOS Rassismus – „Mach’ meinen Kumpel nicht an!“

Touche pas à mon pote“ – Hände weg von meinem Kumpel!

„So steht es auf hunderttausenden von kleinen Plastikhänden, die sich französische Rassismus-Gegner stolz an die Brust heften. Der neue Button ist das Symbol von „SOS Rassismus“. Die Bewegung wurde von jungen Franzosen und in Frankreich geborenen Ausländerkindern gegründet. Nach durchschlagendem Erfolg daheim sucht sie nun neue Anhänger in den europäischen Nachbarländern.

FOTOS TAFEL 6: MANFRED VOLLMER

’ran und die Gewerkschaftsjugend starten die Aktion in der Bundesrepublik.

„Ausländer ´raus“ lesen wir an Häuserwänden und Bretterzäunen. Arbeitslosigkeit und viele unserer Probleme waren gelöst, wenn diese Leute wieder in ihre Länder verschwinden würden, will man uns einreden – manche offen und brutal, die anderen versteckter durch ihre politischen Taten. Wir wissen, unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen haben wesentlich dazu beigetragen, dieses Land wiederaufzubauen. Sie haben ein Recht, mit ihren Familien hier zu leben und zu arbeiten.

Wir – deutsche und ausländische Mitbürger – wollen gemeinsam auch unsere Zukunft gestalten. Im Streit für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit brauchen wir jeden und jede.

Um dieses Land lebenswert zu gestalten, bleib hier Mehmet, Ayse, Sergio, Rosa, Carlos, Elephteria ...

Und dich, Martina und Thorsten, Andrea und Wolfram fordern wir auf:

Misch Dich ein! Lach nicht mit, wenn dumme Türkenwitze erzählt werden. Beschwer Dich, wenn ein Ausländer in der Kneipe kein Bier bekommt.

Geh dazwischen, wenn unsere ausländischen Freunde belästigt, bedroht oder geschlagen werden.

Sag Deine Meinung, wenn Leute rufen: “Kanaken stinken“.

Reiß sie ab, diese widerlichen Aufkleber „Ausländer ´raus“.

Steck Dir unseren Button „Mach meinen Kumpel nicht an“ an die Jacke.

Dokumentiere: Ich mache nicht mit bei Ausländerfeindlichkeit und Rassismus.

Düsseldorf: **Eine ganze Stadt**
gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus

Sie müssen erst wachgerüttelt werden, die Politiker. In Düsseldorf gelang es, sie für eine gute und nützliche Sache zu gewinnen: Die Fraktion der Grünen brachte einen Antrag in den Rat der Stadt ein. Die von der Jugendzeitschrift „ran“ getragene Aktion „Mach meinen Kumpel nicht an!“ möge der Rat nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten unterstützen.

September 1993: Multikulturelles Freundschaftsfest in der Pionierstraße, vor dem damaligen Haus der IG Metall, in Düsseldorf. Tausende erklärten zuvor mit ihrer Unterschrift unter dem „Düsseldorfer Appell“: „Wir wollen dazu beitragen, dass unsere Stadt ein gemeinsames Haus aller Bewohner bleibt.“

7. Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Düsseldorf sagt: „Nein!“

Das ausgebrannte Haus der türkischen Familie Genç in Solingen. Bei dem Brandanschlag im Frühjahr 1993 verbrannten drei Mädchen und zwei Frauen der Familie. Der rechts-extremistische Anschlag hat Folgen: Verunsicherung und Angst wachsen, viele türkische Migrantenfamilien verlieren ihr Vertrauen in die demokratischen Institutionen des deutschen Staates und ziehen sich in ethnische Kolonien der Großstädte zurück.

Lichterkette Düsseldorf. 60 Jahre danach aus der Geschichte lernen.
Düsseldorf sagt NEIN zu Ausländerfeindlichkeit und menschenverachtender Gewalt.

MRW-RATH:
30 JAHRE MITEINANDER LEBEN UND ARBEITEN. EINE ZUKUNFT FÜR UNS ALLE.
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
unser Miteinander, unsere gemeinsame Zukunft sind gefährdet, denn:
Menschen in unserem Land werden angegriffen, geschlagen, erstochen und verbrannt – wegen ihrer Nationalität, ihrer Hautfarbe, ihrer Meinung, ihrer Behinderung. Auch unsere Kolleginnen und Kollegen und ihre Familien sind bedroht.
ES REICHT!
Wir setzen gemeinsam ein Zeichen gegen Terror und Mord!

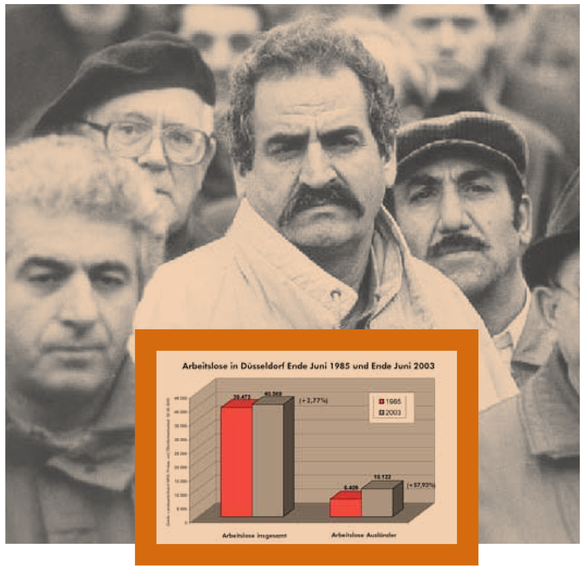
Orden für Engagement:

Mit der Verleihung des Verdienstkreuzes am Band wird Hasan Özen im Frühjahr 1994 im Duisburger Rathaus geehrt. „Herr Özen hat sich vor allem durch seine ehrenamtlichen Tätigkeiten im gewerkschaftlichen Bereich große Verdienste um das Allgemeinwohl erworben.“

FOTOS TAFEL 7: MANFRED VOLLMER

8. Multikulturelles Düsseldorf: Licht- und Schattenseiten in einer Stadt

Multikulturelles Freundschaftsfest des DGB in Düsseldorf, Pionierstraße (vor dem Haus Metall) am 18. September 1993 mit internationaler Folklore, internationalen Spezialitäten, Verkaufs- und Infoständen.



FOTOS TAFEL 8: MANFRED VOLLMER

9. „Wilde Streiks“ – Kämpfe um Anerkennung?

Bereits Anfang der 1960er Jahre gab es spontane Streiks in verschiedenen Regionen und Branchen Deutschlands, die von italienischen, spanischen oder türkischen Arbeitern initiiert wurden. Besonders häufig protestierten türkische Arbeiter gegen ihre Bezahlung und die Arbeitsbedingungen im Bergbau.

Wo spontan gestreikt wird, ist die Polizei schnell zur Stelle

FOTO: GERNOT HUBER

Die „wilden“ Streiks, die spontanen Arbeitsniederlegungen waren in mehrerer Hinsicht Katalysatoren des sozialen Fortschritts. Diese hatten viele positive Wirkungen:

- Ausweitung der Programme der Bundesregierung zur Humanisierung der Arbeitswelt.
- Einführung von bezahlten tariflichen Erhol- und Bedürfnispausen für Akkord- und Fließbandarbeiter*innen.
- Arbeitszeitverkürzung und sechs Wochen Tarifurlaub.
- Beginn einer auf Teilhabe- und Gleichstellung orientierten Migrationspolitik der Gewerkschaften.

Die Geschichte der Arbeitsmigration ist auch eine Geschichte des Kampfes um bessere Arbeitsbedingungen und faire Entlohnung. Zugleich eine Geschichte des Kampfes um Anerkennung und gleichberechtigte Teilhabe, gegen Diskriminierung, Rassismus, Paternalismus und Missachtung!

Die Arbeitsmigrant*innen beklagten sich oft über das Verbleiben in den niedrigsten Lohngruppen, die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und die extreme Leistungsverdichtung. Ausdruck dieser Unzufriedenheit waren viele Arbeitsniederlegungen, die als „wilde Streiks“ bezeichnet wurden. Diese spontanen Streiks waren nicht nur das Resultat von Unzufriedenheit unter Beschäftigten, sondern auch einer generellen gesellschaftlichen Politisierung und eines gestiegenen Selbstbewusstseins. Migrant*innen wollten gehört, ernstgenommen, gleichbehandelt und angemessen vertreten werden.

Bereits Anfang der 1960er Jahre gab es spontane Streiks in verschiedenen Regionen und Branchen Deutschlands, die von italienischen, spanischen oder türkischen Arbeitern initiiert wurden. Besonders häufig protestierten türkische Arbeiter gegen ihre Bezahlung und die Arbeitsbedingungen im Bergbau. Die meisten Streiks waren jedoch erfolgslos, weil sie von der Polizei gewaltsam beendet und die an Streiks beteiligten Arbeiter abgeschoben wurden.

Die markantesten „spontanen“ Streiks der Arbeitsmigrant*innen waren der „Türkenstreik“ bei Ford in Köln und der Frauenstreik bei Pierburg in Neuss. Diese fanden zeitgleich im August 1973 statt. Während der Streik in Köln mit Gewalt beendet wurde und für viele der Streikenden fatale Folgen hatte, war der Frauenaufstand bei Pierburg ein großer Erfolg.

Der unmittelbare Anlass für den Streik bei Ford in Köln war die Entlassung von rund 500 Arbeitern, die verspätet aus ihren Heimaturlaub zurückkamen. Zudem wollten die Streikenden eine Deutsche Mark pro Stunde mehr. FOTO: GERNOT HUBER

Der Streikführer Baha Targün FOTO: GERNOT HUBER

FOTO: GERNOT HUBER

Die unfreundlichen Gesichter der Streikgegner: leitende Angestellte Vorarbeiter, Meister und Betriebsräte. FOTO: GERNOT HUBER

In Köln standen die Mehrheit der Betriebsräte um den Vorsitzenden Ernst Lück und große Teile der deutschen Arbeiter nicht an der Seite der Streikenden. Im Gegenteil, sie haben die Streikenden als „linke Chaoten“ abgetan. Der Streik wurde von leitenden Angestellten, Vorgesetzten, Meistern und einer Gruppe von deutschen Arbeitern um den Betriebsratsvorsitzenden Ernst Lück und der Polizei gewaltsam beendet.

Bei Ford waren die Betriebsräte fast ausschließlich Deutsche. Sie fürchteten um ihre Autorität und wollten ihre Macht sichern. Angestachelt von der Springer-Presse, die den Streik als „Türkenterror“ betitelte, halfen sie aktiv mit, den Streik niederzuknüppeln. Der Personalchef lobte sie später für ihren »vorbildlichen körperlichen Einsatz«. Die BILD-Zeitung titelte: „Deutsche Arbeiter kämpfen ihre Fabrik frei!“

Der erfolglose Ford-Streik hatte bittere Konsequenzen: **Etwa 100 Arbeiter wurden fristlos entlassen.** Über 600 Arbeiter haben auf Druck der Geschäftsführung selbst gekündigt. Sie kamen auf eine schwarze Liste. Die „Streikführer“ und Aktivisten wurden angeklagt, inhaftiert und teilweise später abgeschoben.

OR, Youtube: Ford-Streik

Bericht über den Erfolg der Pierburg-Frauen in der METALL-Zeitung, Nr. 18, 4. September 1973, S.3

Auch bei Pierburg war die Polizei schnell am „Tatort“ und versuchte, den Streik zu kriminalisieren.

FOTO: VERLAG DIE BUCHMACHEREI BERLIN

Die Arbeiterinnen des Automobilzulieferers Pierburg in Neuss wollten die frauendiskriminierende Leichtlohngruppe 2 nicht mehr hinnehmen. Zumal ihre männlichen Kollegen für dieselbe Arbeit die Lohngruppe 3 oder 4 erhielten. Deshalb legten am 13. August 1973 etwa 600 Migrantinnen die Arbeit nieder. Am nächsten Tag waren rund 1.800 Arbeiterinnen aus Griechenland, Italien, Jugoslawien, Spanien, der Türkei mit ihren rund 400 deutschen Kolleginnen im Aufstand.

Gründe für den Erfolg der streikenden Frauen bei Pierburg in Neuss waren Solidarität, Zusammenhalt und würdevolles Handeln der Beschäftigten: Bereits am dritten Tag des Aufstandes der Frauen schlossen sich alle an- und ungelernten Arbeiter quer durch alle Nationalitäten an. Einen Tag später solidarisierten sich die deutschen Facharbeiter und setzten dem Unternehmer ein Ultimatum. Der Streik der Frauen bei Pierburg gilt als erfolgreichster Aufstand gegen frauendiskriminierende Eingruppierung und Entlohnung in Deutschland.

Die migrantischen Arbeiterinnen besaßen nur zeitlich befristete, räumlich beschränkte Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse. Damit riskierten sie als Konsequenz einer möglichen Niederlage, wie die Ford-Arbeiter, die Abschiebung. Ihr Mut und ihre Entschlossenheit verdienen besonderen Respekt!

Die Frauen haben sich mit ihren Forderungen durchgesetzt. Die Freude über den Erfolg ist unübersehbar.

FOTO: VERLAG DIE BUCHMACHEREI BERLIN

10. Gemeinsam für ein gutes Leben – Kampf für humane Arbeitsbedingungen und sichere Beschäftigung

Kalt ausgesperrte Arbeiter*innen marschieren im Frühsommer 1984 zum Arbeitsamt, um kollektiv die Zahlung von Kurzarbeitergeld, das ihnen bundesweit auf Wunsch der Arbeitgeber und Veranlassung des Bundesarbeitsministeriums verwehrt wurde, zu fordern. Das Kurzarbeitergeld wurde erst auf Beschluss des Landesozialgerichts Bremen vom 22.06.1984 aufgrund einer einstweiligen Verfügung ausgezahlt.

FOTO: MANFRED VOLLMER

Von Anfang an solidarisch! Es ist kein Fall bekannt, dass die Arbeitsmigrant*innen sich als Streikbrecher oder Lohndrücker haben instrumentalisieren lassen. Im Gegenteil, sie haben Gewerkschaften und deutsche Betriebsräte stets auf unzumutbare Arbeitsbedingungen hingewiesen und regelrecht angetrieben. Auch mit Dutzenden spontanen Streiks. Es waren die Gewerkschaften und die Betriebsräte, die häufig die Probleme von Migrant*innen ignoriert und ihre Kampfbereitschaft unterschätzt haben. So stellte die IG Metall sehr früh mit Erstaunen fest, dass die „solidarische Haltung der ausländischen Arbeitnehmer im Streik und der Aussperrung 1963“ bemerkenswert war. Ab 1960 standen die Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen, wie kürzere Arbeitszeiten im Fokus der qualitativen Tarifpolitik. Die Arbeitsmigrant*innen spielten sowohl bei der Durchsetzung der 40-Stundenwoche (und des tariflich arbeitsfreien Samstags), als auch beim großen Arbeitskampf für die 35-Stundenwoche im Jahr 1984 eine aktive Rolle. Als eine „kampffreudige, kampfbereite und kampffähige“ Gruppe wurde ihr Einsatz für die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften immer wichtiger.

Maiplakat der DGB 1956

Die Sonne als Symbol der 35 Stundenwoche. QUELLE: ADSD DER FES – 6/PLKA038832

Aufgrund ihres besonderen Einsatzes beim großen Arbeitskampf zur Arbeitszeitverkürzung gab es gegenüber den Arbeitsmigranten*innen scharfe Polemiken von Seiten der Metallarbeitgeberverbände.

In einigen Großunternehmen der Metallindustrie gab es eine diskriminierende Personalpolitik und Einstellungsstopp für ausländische Beschäftigte.

Metall-Zeitung Nr. 15/1985: „Für Ausländer keine Chance bei Daimler“.

Metall-Zeitung Nr. 18/1985: „Zu viel ‚sozialer Fummel‘“

Frankfurter Rundschau, 4.12.1982: „Handelstag: Rückkehr notfalls erzwingen“ (DGB-Bildungswerk, Heft 3, S. 78)

Massenentlassungen, Werksschließungen und Betriebsverlagerungen standen seit den 1980er Jahren permanent auf der Tagesordnung, insbesondere in den Industrieregionen am Rhein und Ruhr. An dem Kampf gegen die Werksschließung in Duisburg-Rheinhausen nahmen am 20 Januar 1988 über 50.000 Stahlarbeiter aus ganz Deutschland teil. Die Rheinbrücke wird in **„Brücke der Solidarität“** umbenannt. Dieses besonderes aussagekräftiges Foto symbolisiert die Zusammengehörigkeit und den solidarischen Kampf der Menschen – ein Kampf um „Arbeit und menschliche Würde“ (Oskar Negt).

FOTO: MANFRED VOLLMER

QR, Youtube: Oskar Negt „Arbeit und menschliche Würde“

Arbeitskampf um den Erhalt der Arbeitsplätze in Hattingen – Kundgebung und Demonstration im Februar 1993 „Erhalten und erneuern statt Plattmachen – Arbeitsplätze für die Region“

FOTO: MANFRED VOLLMER

Im Rahmen des Kampfes um den Erhalt des Krupp Stahl Werkes Duisburg-Rheinhausen fand im April 1988 ein Solidaritätsfest unter dem Motto „Rheinhausen ist überall“ statt, an dem auch der Nürnberger Gewerkschaftschor teilnahm. Das Foto von Manfred Vollmer entstand während des Singens des afrikanischen Widerstandsliedes „Erile“. Die junge Sängerin aus Nürnberg hatte ihre Nichte im Arm, die in diesem Moment unbeeindruckt im umgebundenen Tuch schlummert. Das Foto wurde bald zum Symbolbild für Frauenpower weit über den Anlass hinaus. FOTO: MANFRED VOLLMER

Wer kämpft, kann mit Würde verlieren. Wer nicht kämpft, hat bereits verloren. Der erste Mann am Ofen, nach der letzten Schicht vor der Schließung der Hattinger Thyssen Henrichshütte Hattingen am 18. Dezember 1987 nach 133 Jahren. Kundgebung/Aktion der Fraueninitiative für die Männer der letzten Schicht/Trauer, Wut und Tränen. FOTO: MANFRED VOLLMER

Protest der Benrather Belegschaft von ThyssenKrupp Nirosta gegen die Schließung des Edelstahlwerkes im November 2010 am Benrather Marktplatz. FOTO: HERBERT SCHEDLBAUER

Protestkundgebung gegen die Schließung des traditionsreichen Reisholzer Werkes von Vallourec Deutschland (früher Mannesmannröhren Werke) im Februar 2020 FOTO: ABDULLAH YILMAZ

Die Konzernleitung von Vallourec gibt am 18. Mai 2022 die Schließung der zwei traditionsreichsten Stahlröhrenwerke in Düsseldorf und Mülheim/Ruhr bekannt. An den Gesichtern der Betroffenen kann man ihre Ratlosigkeit, Trauer und Wut ablesen.

FOTO: ANTONINO MIRRA

Verdi-Streik für faire Löhne und bessere Arbeitsbedingungen mit Beschäftigten der Universitätskrankenhaus Düsseldorf UKD. Die unzumutbaren Arbeitsbedingungen im Gesundheitsbereich, insbesondere für Kranken- und Altenpflege, müssen dringend verbessert werden. Unterbezahlte und prekäre Arbeit dazu geführt, dass im Pflegebereich ein akuter Personalmangel herrscht.

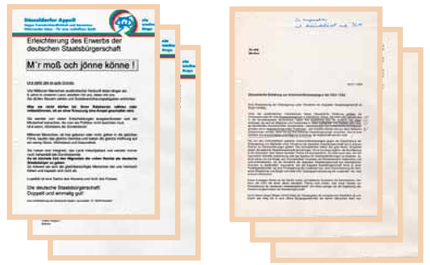
FOTO: INA OBERLÄNDER

11. Doppelte Staatsbürgerschaft. Einfach Gefährlich oder doppelt gut?

Je mehr sich die Migranten*innen etablierten, umso mehr wollten sie am gesellschaftlichen Leben partizipieren und politische Verantwortung übernehmen.

GESTALTUNG: DENIZ KESKIN, C/O: IG METALL RESSORT MIGRATION UND TEILHABE

Eine doppelte bzw. mehrfache Staatsbürgerschaft ist in fast allen Staaten Latein- und Nordamerikas, Asiens, Afrikas und Europas zugelassen. Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den wenigen Ländern, die eine mehrfache Staatsbürgerschaft grundsätzlich ablehnt. Sie orientiert sich nach wie vor an dem überkommenen völkischen Abstammungsprinzip.



Pressemitteilungen des Düsseldorfer Appell (vom 13.01.1999, 27.01.1999) sowie der Düsseldorfer Erklärung zur Unterschriftenkampagne der CDU/CSU (vom 18.01.1999)

Dennoch werden Bürger*innen aus vielen Ländern unter Hinnahme der doppelten bzw. mehrfachen Staatsangehörigkeit eingebürgert, wenn – beispielsweise – es sich um deutschstämmige Antragsteller*innen handelt oder, wenn es im außenpolitischen Interesse Deutschlands liegt. Im Jahr 2020 lebten in Deutschland rund 2,5 Millionen Bürger*innen, die eine zweite Staatsangehörigkeit haben. Die meisten von ihnen hatten polnische, russische, türkische, italienische, rumänische, französische, US-amerikanische, griechische und iranische Wurzeln.

QR, PDF: „Doppelte Staatszugehörigkeit BRD"

QR, Link: „Umfrage Herkunftsländer doppelte Staatsangehörigkeit"

„Der Pass ist der edelste Teil von einem Menschen. Er kommt auch nicht auf so eine einfache Weise zustande wie ein Mensch. Ein Mensch kann überall zustande kommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiten Grund, aber ein Pass niemals. Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird."

Bertolt Brecht: Flüchtlingsgespräche, 1940/41

Das große Los: Die „Geburtsrechtslotterie"

In der „Lotterie der Lebenschancen" hat das große Los gezogen, wer am richtigen Ort und zur rechten Zeit geboren wird oder die „richtige" Staatsangehörigkeit hat.

Ayelet Shachar: The Birthright Lottery. Citizenship and Global Inequality, 2009

Doppelpass-Kampagne der CDU: „Wo kann ich hier gegen Ausländer unterschreiben?

Je selbstbewusster Migranten*innen in der Öffentlichkeit ihre Gleichheitsansprüche artikulierten, desto ablehnender und feindseliger wurden die Reaktionen in Teilen der Mehrheitsgesellschaft. Ausdruck dieses Denkens ist die rechtspopulistische Kampagne von Roland Koch (CDU) im hessischen Landtagswahlkampf 1999 gegen die doppelte Staatsangehörigkeit. Diese Kampagne wurde auf Migrant*innen aus der Türkei fokussiert und mit rechtsnationalen und rassistischen Vorurteilen geführt. Deshalb hat heute nur ein vergleichsweise geringerer Anteil der Türkei stämmigen Migrant*innen eine doppelte Staatsbürgerschaft. Für die CDU war die Unterschriftenkampagne äußert erfolgreich. Sie hatte bundesweit fast vier Millionen Unterschriften gesammelt und so die hessische Landtagswahl gewonnen.

Die Wirkung war gefährlich, weil viele Bürgerinnen und Bürger immer wieder sagten, dass sie mal „gegen die Ausländer unterschreiben" wollten. Auch in Düsseldorf wurde beobachtet, dass vor allem ältere Damen und Herren aus der gehobenen Mittelschicht „gegen die Ausländer" bzw. „gegen die Türken" unterschreiben wollten. Zweifellos hat diese Kampagne zum Erstarken des Rechtsextremismus erheblich beigetragen. Zudem: Offensichtlich wollten die Konservativen verhindern, „dass sich die Türken heimisch fühlten und blieben", sagt der renommierte Historiker Ulrich Herbert in der Neuen Zürcher Zeitung vom 10. September 2021.

QR, NDR-Sendung Panorama von 1999: „Wo kann man hier gegen Ausländer unterschreiben"

Die Unterschriftenaktion der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft in Düsseldorf, Januar 1999. FOTOS: MEIKEL FRIEBE

Aktion der Antifa gegen die CDU-Kampagne in Düsseldorf im Januar 1999. FOTO: MEIKEL FRIEBE

Unterschriftenaktion der CDU unter Polizeischutz FOTO: MEIKEL FRIEBE

Diskussion über „doppelte Staatsbürgerschaft" und die Unterschriftenkampagne der CDU auf der Veranstaltung vom Ausländerbeirat, DGB, Düsseldorfer Appell und IG Metall am 2. Februar 1999 im Zakk.

Von links nach rechts: Karin Kortmann (SPD), Susanne Stemmler (Grüne), Joachim Erwin (CDU), Myriana Marconi-Dybowski (Moderatorin) und Isabel Basterra (DGB).

FOTO: MEIKEL FRIEBE

12. Auf den Gipfeln sieht man die Täler nicht?! „Integration“ in Zeiten der Prekarisierung

Thyssen Stahl – Aktion „Rostige Zukunft? Jugend klagt an!“ am 25. 03.1987. In Oberhausen sind 3000 der 4000 Arbeitsplätze bei Thyssen Stahl durch die beabsichtigte Schließung der Profil- und Drahtstraße gefährdet, die Ausbildung soll reduziert werden. Aktion der Azubis etc. mit Protestmarsch zur Stadthalle Oberhausen, wo ein phantasiereiches Tribunal stattfand. Auf der Anklagebank: Thyssen-Vorstand Kriwet, Dieter, Cromme sowie Bundeskanzler Kohl, Bundesarbeitsminister Blüm und Bundeswirtschaftsminister Bangemann.

FOTO: MANFRED VOLLMER

Zuwanderung wird Zukunftsthema. In der Zeit der ersten Großen Koalition unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel reifte die gesellschaftliche Einsicht auch bei den Konservativen, dass die Einwanderung von Millionen Menschen in die Bundesrepublik kein Provisorium ist. Damit wurden Zuwanderung und „Integration“ erstmalig als wichtige gesellschaftspolitische Zukunftsaufgabe angenommen. Die richtigen Themen, wie Sprache, Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt sollten zukünftig im Fokus der „Integrationsarbeit“ stehen.

Schüler*innen-Demo gegen die Bildungspolitik am 23. April 2013 in Düsseldorf.

FOTO: SERGEJ LEPKE

Erst gut 50 Jahre nach dem Anwerbeabkommen mit Italien und rund 30 Jahre nach dem Memorandum des ehemaligen Ministerpräsidenten des Landes NRW, Heinz Kühn, wurde anerkannt, dass die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist. Seitdem gibt es flächendeckend staatlich geförderte Deutsch- und „Integrationskurse“ für neue Einwanderer*innen.

QR, PDF: „KÜHN-MEMORANDUM“: Bericht des Beauftragten der Bundesregierung

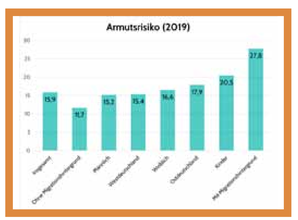
Bilanz der staatlichen „Integrationspolitik“ nach mehr als 15 Jahren „Integrationsgipfeln“ und „Integrationsplänen“:

- Die sog. „Gastarbeiter*innen“ und ihr Nachkommen hatten und haben von „Integrationsprogrammen“ des Bundes nichts.
- Unterschichtung in Arbeitsmarkt und Gesellschaft wurde weiter verfestigt.
- Die politische Partizipation für viele Migrant*innen ist nach wie vor eine Illusion. Die Förderung der politischen Teilhabe ist im „Integrationsplan“ nicht vorgesehen. Die Zahl der Migrant*innen in Deutschland, die nicht wählen dürfen, ist zwischenzeitlich auf rund zehn Millionen Einwohnern gestiegen.
- Immer mehr Menschen, darunter deutlich überproportional Migrant*innen, arbeiten und leben prekär in Deutschland.
- Migrant*innen sind nach wie vor Opfer rassistischer Zuschreibungen.
- Im Rückblick auf die zahlreichen Integrationsgipfeln und -plänen stellt sich eine Ernüchterung ein: In dieser Gesellschaft mangelt es nicht an „Integration“, sondern an Demokratie, Teilhabe und Gerechtigkeit!

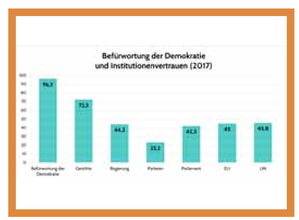
Selbst in der Corona-Krise zeigte sich, dass die ärmsten und verletzlichsten Teile der Gesellschaft am stärksten von den materiellen Folgen der Pandemie betroffen sind. Die sog. systemrelevanten Arbeitskräfte und „Integrationsfachleute“ werden überproportional befristet und prekär beschäftigt. Obwohl sie aktiv mithelfen, das Gemeinwesen aufrecht zu erhalten.

QR, PDF: DeZIM-Studie 2020

Migranten- und Arbeiterkinder bringen im Studium ebenso gute Leistungen wie ihre Kommilitonen. Dabei haben sie es aber deutlich schwerer: Sie bekommen weniger Unterstützung von Zuhause, müssen häufiger Geld verdienen und werden von den Professoren und den meisten Stiftungen seltener gefördert.



Seit dem ersten Integrationsgipfel wird von Vielfalt und interkultureller Öffnung geredet und gleichzeitig eisern gespart. Parallel findet eine staatlich organisierte massive Umverteilung von Unten nach Oben bis heute statt. Es gibt immer mehr Mini-Jobs, Niedriglöhne, Befristungen, Leiharbeit und Hartz IV. Die Folgen sind extremer Reichtum und verschwenderischer Luxus auf der einen und Armut und Perspektivlosigkeit auf der anderen Seite. QUELLE: ARBEITSMARKT AKTUELL NR. 4 / AUGUST 2021 DGB – ABTEILUNG ARBEITSMARKTPOLITIK, S. 4. DIE DATEN STIMMEN AUS DEM MIKROZENSUS, 6 ARB, S. 490.;GRAFIK: CEMAL ÖZTÜRK



Die Spaltung der Gesellschaft in Gewinnern und Verlierern, in Reich und Arm führte letztlich zu einer tiefen politischen Spaltung – und zur Krise der Demokratie. Das drückt sich darin aus, dass das Vertrauen in die demokratischen Institutionen erodiert sowie rassistische, antisemitische und minderheitenfeindliche Einstellungen zunehmen.

QUELLE: WORLD WALUE SURVEY 2017 GRAFIK: CEMAL ÖZTÜRK

QR, Link: Autoritarismus-Studie

QUELLE: LEIPZIGER AUTORITARISMUS-STUDIE 2020 GRAFIK: CEMAL ÖZTÜRK

13. Am deutschen Wesen genesen? Debatten um die „deutsche Leitkultur“ und sozialdarwinistische Thesen

Deutsche Leitkultur? Der Begriff „Leitkultur“ geht zurück auf einen Vorschlag des aus Syrien stammenden Göttinger Politik- und Islamwissenschaftlers Bassam Tibi zurück. Grundlage für ihn waren die Werte der „kulturellen Moderne“: Vernunft statt Offenbarung, Säkularisierung statt Dogmatismus, Pluralismus statt Anspruch auf absolute Wahrheiten, Toleranz statt Diskriminierung und Fremdbestimmung.

Rechtskonservative Politiker wie Friedrich Merz und Thomas de Maiziere (beide CDU) haben jedoch das hierarchische Konzept „Deutsche Leitkultur“ geprägt, welches als Steilvorlage für rechte und identitäre Populisten diente. In die gleiche Richtung zielte die rechtspopulistische „Kinder statt Inder“-Kampagne des ehemaligen CDU NRW-Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers im Frühjahr 2000.

Das Leid mit der Leitkultur (...)

FOTO: JACQUES TILLY

Der ehemalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat am 2. Mai 2017 in der «Bild am Sonntag» zehn Thesen vorgelegt. Damit wollte er eine neue Diskussion über Leitkultur in Deutschland anstoßen. Kernaussage des Bundesinnenministers lautete: „Wir geben uns die Hand“ und „wir sind nicht Burka.“

QR, Link, Bild-Zeitung: „Wir sind nicht Burka.“

Der Philosoph und weltweit angesehene Intellektuelle Jürgen Habermas, hält eine deutsche Leitkultur für unvereinbar mit dem Grundgesetz. Er antwortete dem Bundesinnenminister in der Rheinischen Post am 3. Mai 2017 unter dem Titel: „Keine Muslima muss Herrn de Maizière die Hand geben.“

QR, Link, RP v. 3.5.2017: Jürgen Habermas

Kreatives Resultat einer Plakataktion des Düsseldorfer Appells

FOTO: VOLKER NEUPERT

Sarrazinierung der Gesellschaft und Etablierung des Rechtspopulismus

Am 29. November 2011 lud die Mittelstandsvereinigung einer staatstragenden christlichen Partei zu einer Veranstaltung mit Thilo Sarrazin in der ostwestfälischen Kleinstadt Ahlen ein. Über 500 zumeist wohl situierte Männer zwischen 40 und 70 Jahren sind erschienen. Sie haben begeistert applaudiert und Sarrazin „gefeiert“. Für sie ist Thilo Sarrazin ein neuer Held und ein ganz großer Denker Deutschlands des 21. Jahrhunderts! Zeitgleich organisierten einige türkische Verbände und Einzelpersonen Mahnwachen unter dem Motto „Schweigen gegen das Schweigen“ und einen „Autokorso gegen das Schweigen“. Unter anderem in Berlin, Köln, Hamburg, Frankfurt. Anlass war die „Aufdeckung“ der NSU-Mordserie. Bei den Mahnwachen glänzten christliche, liberale oder sozialdemokratische Politiker und Vertreter*innen des öffentlichen Lebens durch Abwesenheit.

Sarrazin macht kein Hehl daraus, dass er einfache Menschen für wenig nützlich hält. Selbst dann, wenn diese Menschen viel und hart arbeiten, wie zum Beispiel: Kassenangestellte, Krankenschwestern, Pflege- und Reinigungskräfte oder Industriearbeiter*innen.Ohne diese systemrelevanten Arbeitern und Angestellten ist ein öffentliches Leben nicht möglich. Die öffentliche Daseinsvorsorge halten diese Menschen aufrecht – nicht Spekulanten und Ausbeuter!

Wir respektieren und stellen Menschen heraus, die mit ihrer „einfachen“ Arbeit in der Produktion oder in menschennahen Dienstleistungen eine volkswirtschaftlich und gesellschaftlich nützliche und sozial sinnvolle Arbeit leisten. Und die sich entschieden haben, stets für Gerechtigkeit, Menschenwürde und das Gemeinwohl einzutreten.

„Nur Arbeiten und Mund halten“, ist nicht für **Francesco Abate** aus Düsseldorf-Eller. Seit über 50 Jahren in IG Metall und Terres des Hommes aktiv. Er war Vertrauensmann und Betriebsratsvorsitzender. Bis heute fehlt er bei keiner Demonstration gegen Rassismus, Gewalt oder Krieg. Er war Mitbegründer und ist Ehrenvorsitzender von Mosaik e. V.

FOTO: MANFRED VOLLMER

Cemal Cetin aus Düsseldorf-Benrath, IG Metall-Mitglied seit Beginn seiner Ausbildung als Starkstromelektriker, Jugendvertreter, Betriebsrat, Vorsitzender der Vertrauensleute und des Migrationsausschusses, Gewerkschaftssekretär – ist in mehreren Vereinen und Initiativen bürgerschaftlich engagiert, unter anderem im Mosaik e. V.

FOTO: MANFRED VOLLMER

Ayhan Üstün, bis zur Schließung des Reisholzer Werkes sehr angesehener Betriebsratsvorsitzender und Aufsichtsratsmitglied bei Vallourec. Delegierter, Ortsvorstands- und Tarifkommissionsmitglied der IG Metall. Mitbegründer oder aktives Mitglied zahlreicher demokratisch-integrativer Vereine, darunter Mosaik e.V. Er setzt sich stets mit viel Engagement und Würde für die Interessen seiner Kolleg*innen ein.

FOTO: MANFRED VOLLMER

Sarrazin hat zweifellos dazu beigetragen, dass Rassismus enorm verbreitet wurde. Zugleich ist er der Beweis, dass seine unhaltbaren Thesen selbst in Kreisen der Funktionselite Deutschlands und in den öffentlich-rechtlichen Medien großen Anklang gefunden haben und anschlussfähig sind. Es gibt viele „Sarrazins“: Dieselbe politische Elite hat kein Problem, Rassisten und ausbeuterische Fleischfabrikanten, wie Clemens Tönnies, als Ehrenmänner zu betrachten, oder zu hofieren und zu beraten. Selbst dann nicht, als er zur Lösung der Klimakrise empfahl, Kraftwerke in Afrika zu bauen und Strom zu erzeugen. Damit würden die dortigen Menschen weniger Kinder erzeugen, suggerierte er.

Als auch in seinen Fabriken die Corona-Pandemie aufgrund der skandalösen Arbeitsbedingungen ausbrach, wurde er weiter hofiert und in Schutz genommen. Ein Teil der politischen Elite machte die ausgebeuteten rumänischen und bulgarischen Arbeiter zum Sündenbock, um diesen Kapitalisten trotz seiner extrem ordinär-rassistischen Aussagen reinzuwaschen.

QR, Deutschlandfunk, Beitrag vom 18.6.2020: „Laschet und der Corona-Hotspot Fleischindustrie. Die Sache mit den Sündenböcken“.

Die offene Zustimmung zu Sarrazin wie zu Tönnies verrät, dass auch in der politischen Mitte die gleichen Denkmuster gepflegt werden. So werden Rassismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Amoralität zur Normalität. Damit werden „wieder einmal basale Grundwerte, nämlich die Gleichwertigkeit von Menschen“ zertrümmert. „Ein Lehrstück und von Eliten quasi beglaubigt: Die Würde des Menschen ist antastbar.“

QR, Link, Der Spiegel, 10.08.2019: Wilhelm Heitmeyer „Wie sich Eliten selbst enttarnen“.

Wie man Sarrazin fein säuberlich widerlegt

Naika Foroutan, Professorin an der Humboldt Universität zu Berlin, hat mit ihren Mitarbeiter*innen die Thesen von Thilo Sarrazin empirisch überprüft. Mit Zahlen und Fakten Punkt für Punkt widerlegt.

Thilo Sarrazins Zahlen stimmen nicht, sagt die Berliner Sozialwissenschaftlerin. Und das kann sie auch belegen. Mit offiziellen Daten und Briefen, die sie als Studie veröffentlicht hat. Das Buch des ehemaligen Bundesbank-Vorstandsmitglieds Sarrazin, „Deutschland schafft sich ab“, verschweigt die Integrationserfolge einfach systematisch, so das Fazit der Wissenschaftlerin. Die Studie von Naika Foroutan bietet eine Vielzahl von Belegen und zeigt: Sarrazins Zahlen sind falsch. Das weiß der ehemalige Banker auch. Wenn man keine Zahl hat, erklärte Sarrazin einem Reporter der Süddeutschen Zeitung, muss „man eine schöpfen, die in die richtige Richtung weist, und wenn sie keiner widerlegen kann, dann setze ich mich mit meiner Schätzung durch.“

QR, PDF, Naika Foroutan (Hrsg.): Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand. Ein empirischer Gegenentwurf zu Thilo Sarrazins Thesen zu Muslimen in Deutschland, Berlin Dezember 2010.

QR, Link, www.igmetall.de: „Neue Studie: Sarazins Zahlen stimmen nicht.“

14. Ignoranz, Versagen und Schwinden des Vertrauens. NSU-Terror und die Rolle des Staates

Die Selbstentlarvung des rechtsterroristischen NSU. Im November 2011 kam es raus: Rechtsterroristen hatten zehn Menschen hingerichtet, die sie nicht kannten: acht Türken, einen Griechen und eine deutsche Polizistin. Bei diesen Hinrichtungen hatten die Neonazis nur ein Motiv: Mord aus faschistischer Gesinnung.

Angehörige der Opfer des Mordanschlages von Hanau vor dem Hessischen Landtages

FOTO: DILAN KARACADAG

Je mehr Details über die Morde und Anschläge, vor allem über die Verstrickungen der Strafverfolgungsbehörden ans Licht kamen, desto unfassbarer wurde dieser Fall. Denn es verdichteten sich die Anzeichen, dass die Organe der Exekutive entweder die Gewalttaten der Nazizelle ignorierten oder gar darin verstrickt waren. So wurde festgestellt, dass die Ermittlungsbehörden der involvierten Bundesländer Ermittlungs- und Beweismaterial vernichtet haben. Damit entwickelte sich der Umgang der staatlichen Ermittlungsbehörden mit der NSU-Mordserie zum schlimmsten innenpolitischen Skandal seit Bestehen der Bundesrepublik.

Die Empörung war groß, insbesondere in der türkischen Community. Die Angehörigen der Opfer, die jahrelang von Politik, Polizei und Medien als mögliche Täter stigmatisiert wurden, fühlten sich zum zweiten Mal verurteilt. Damit wurde das Vertrauen der Türkei stämmigen Bürger*innen in die demokratischen Institutionen nachhaltig beschädigt. Auch die Presse, darunter zahlreiche seriöse Medien, sind den Ermittlungsbehörden auf den Leim gegangen. Oder eigenen Vorurteilen erlegen.

Sie haben nicht nur mit den Begriffen „Döner-Mörder“ bzw. „Döner-Morde“ operiert. Es wurden alle Register des Vorurteils „kriminelle Ausländer“ gezogen und regelmäßig türkische, kurdische oder albanische „Mafiosi“ der Taten verdächtigt. Eine Verbindungslinie zwischen den zehn Morden und einen rechtsterroristischen Motiv wollten sie nicht sehen.

Enver Şimşek - 9. September 2000 • Nürnberg
Abdurrahim Özüdoğru - 13. Juni 2001 • Nürnberg
Süleyman Taşköprü - 27. Juni 2001 • Hamburg
Habil Kılıç - 29. August 2001 • München
Mehmet Turgut - 25. Februar 2004 • Rostock
İsmail Yaşar - 9. Juni 2005 • Nürnberg
Theodoros Boulgarides - 15. Juni 2005 • München
Mehmet Kubaşık - 4. April 2006 • Dortmund
Halit Yozgat - 6. April 2006 • Kassel
Michèle Kiesewetter - 25. April 2007 • Heilbronn

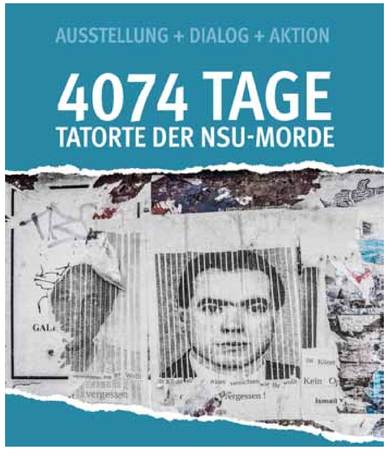
Die 10 Mordopfer der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU):

Chronologie des Versagens der Ermittlungsbehörden

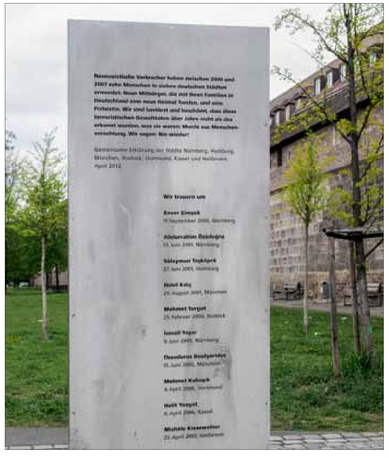
Tabelle 1: Zeittafel	
1996	Einleitung eines Ermittlungsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft Gera gegen Uwe Bähnhardt, Uwe Mundlos, Beate Zschäpe und weitere Personen (u. a. Ralf Wohleben und André Kapke) wegen mehrerer im Stadtgebiet Jena platzierter Bomben und Bombenattrappen
26. Januar 1998	Uwe Mundlos, Uwe Bähnhardt und Beate Zschäpe tauchen nach einer Garagendurchsuchung in Jena, bei der Sprengstoff gefunden wird, unter
23. Juni 1999	Sprengstoffanschlag auf eine Gaststätte in Nürnberg
9. September 2000	Mordanschlag auf Enver Şimşek (Blumenhändler) in Nürnberg († 11. September 2000)
19. Januar 2001	Sprengstoffanschlag auf ein iranisches Lebensmittelgeschäft in Köln
13. Juni 2001	Mord an Abdurrahim Özüdoğru (Fabrikarbeiter und Änderungsschneider) in Nürnberg
27. Juni 2001	Mord an Süleyman Taşköprü (Obst- und Gemüsehändler) in Hamburg
29. August 2001	Mord an Habil Kılıç (Obst- und Gemüsehändler) in München
25. Februar 2004	Mord an Mehmet Turgut (Döner-Verkäufer) in Rostock
9. Juni 2004	Nagelbomben-Attentat in der Keupstraße in Köln mit 22 Verletzten und vielen Traumatisierten
9. Juni 2005	Mord an Ismail Yaşar (Dönerladen-Besitzer) in Nürnberg
15. Juni 2005	Mord an Theodoros Boulgarides (Schlüsseldienst-Mitinhaber) in München
4. April 2006	Mord an Mehmet Kubaşık (Kioskbesitzer) in Dortmund
6. April 2006	Mord an Halit Yozgat (Internetcafé-Betreiber) in Kassel
6. Mai 2006	Demonstration „Kein zehntes Opfer“ in Kassel
11. Juni 2006	Schweigemarsch „Kein zehntes Opfer“ in Dortmund
25. April 2007	Mord an Michèle Kiesewetter (Polizeivollzugsbeamtin) in Heilbronn; ihr Kollege Martin A. überlebt schwer verletzt
4. November 2011	Nach einem Überfall in Eisenach werden Uwe Mundlos und Uwe Bähnhardt erschossen in ihrem brennenden Wohnmobil aufgefunden
8. November 2011	Beate Zschäpe stellt sich in Jena der Polizei

OTTO-BRENNER-STIFTUNG HEFT 78: FABIAN VIRCHOW, TANJA THOMAS, ELKE GRITTMANN: DAS UNWORT ERKLÄRT DIE TAT. DIE BERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE NSU-MORDE – EINE MEDIENKRITIK, FRANKFURT AM MAIN 2015. S.8 UND S. 20.

Die Ausstellung „4074“ Tage. Tatorte der NSU-Morde“ von Gabriele Reckhard.
KONTAKT ÜBER: BILDRAUSCHEN@GMX.DE



Das zentrale Mahnmal für alle Opfer der NSU-Terror in Nürnberg. FOTO: GABRIELE RECKHARD



GRAFIK: JONATHAN DEHN & SEBASTIAN HAUPT (KATAPULT), IN: MENSCHEN. IM FADENKREUZ DES RECHTEN TERRORS, HRSG. VON DAVID SCHRAVEN, CORRECTIV VERLAG ESSEN 2021, S. 73.

15. Menschen auf der Flucht I – Europa am Scheideweg. Abwehrbereit oder verantwortungsvoll human?

Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus (in Essen am 12.10.91) – Szene am Rande der Kundgebung. FOTO: MANFRED VOLLMER

Geht es in der Flüchtlingsarbeit nur darum, Geflüchteten individuell zu helfen? Oder auch darum, auf die Fluchtursachen hinzuweisen – und um Kritik am staatlichen Umgang mit Flucht und Migration? Darf die Hilfsbereitschaft im Paternalismus enden?

Willkommensfest von Mosaik e.V. und Flüchtlinge Willkommen e. V., September 2015 Gemeindesaal der Ev. Kirche Eller. FOTO: C/O: MOSAIK E.V.

Es war sehr bewegend zu erleben, wie 2015 in den Kommunen engagierte Bürger*innen Flüchtlinge willkommen geheißen und unterstützt haben. Das waren Bilder von gelebter Solidarität und Humanität. Diese Menschen verdienen Respekt. FOTO: C/O: MOSAIK E. V.

Ist es ethisch, wenn durch die Übernahme sozialstaatlicher Funktionen seitens Ehrenamtlicher – die dauerhaft unbezahlt und ehrenamtlich zwar wichtige Arbeit leisten – der Staat jedoch die eingesparten Mittel zur Abwehr von Geflüchteten einsetzt? Könnte dieses Engagement als Feigenblatt für „Pseudo-Humanität" missbraucht werden, während der Staat an den Außengrenzen massiv gegen Geflüchtete vorgeht? Genau das geschieht aktuell an den Außengrenzen der EU, die als die blutigsten Grenzen der ganzen Welt gelten. Geflüchtete werden mit Gewalt an der Einreise gehindert, misshandelt, geschlagen, ins offene Meer zurückgedrängt. Damit wird hingenommen, dass sie im Meer ertrinken. Geflüchtete, die all diese Schikanen überleben, werden in Internierungslagern eingesperrt oder an bezahlte Folterknechte ausgeliefert, die ihnen unter Gewaltanwendung den Wunsch nach einer erneuten Reise Richtung Europa austreiben sollen. Diese Folterknechte machen ihren Job ordentlich und werden fürstlich bezahlt. Damit ebnet die Europäische Union, die den Anspruch, ein Verfechter für Freiheit, Rechtstaat und Menschenrechte in der ganzen Welt zu sein, den Weg zur Rechtfertigung von Gewalt gegen Geflüchtete und Migranten. Damit verstößt sie damit täglich gegen die EU-Charta für Menschenrechte! Allein deshalb ist es moralisch geboten, diesen Opfern Schutz anzubieten, statt sie an europäischen Außengrenzen, in elenden Lagern in Griechenland oder in den Folterkellern Libyens verrecken zu lassen.

Alle Kriege, Bürgerkriege und Terroranschläge werden mit Waffen geführt, die in der nördlichen Weltkugel hergestellt und in die ganze Welt exportiert werden. FOTO: SERGEJ LEPKE

Ausstellung eines Flüchtlingsbootes „Alle in einem Boot" in der Basilika St. Margareta Düsseldorf. Aufgenommen am 9.9.2017. FOTO: VON SERGEJ LEPKE

Demonstration gegen Abschiebung nach Afghanistan. Selbst als die Taliban größere Landesteile eroberten und näher an die Landeshauptstadt Kabul rückten, erklärten deutsche Behörden und Gerichte Afghanistan zum sicheren Land. Sie schoben gnadenlos junge Frauen, Männer und ganze Familien an die Dschihadisten-Regime ab. FOTO: SERGEJ LEPKE

Kundgebung gegen die inhumanen Zustände in den Aufnahmelagern auf den griechischen Inseln am 20.09.2020 in Düsseldorf. FOTO: ZAHRA K.

16. Menschen auf der Flucht II – Europaweites Erstarken von Nationalismus und Rassismus

Rechtsextremisten schüren permanent Ängste. Diese Ängste nutzen sie als Vehikel, um Minderheiten auszugrenzen, Flüchtlinge zu diskriminieren, Demokratie und Menschenrechte lächerlich zu machen. Sie fordern sogar den Einsatz von Waffen gegen Geflüchtete. Rechtsextremisten, die Hass schüren und eine Pogromstimmung gegen Minderheiten erzeugen wollen, haben sich nun vernetzt. Mittlerweile bilden diese eine „rassistische Internationale“. Die europäischen „Führer“ dieser rechtsextremistischen Parteien (Europa der Nationen und der Freiheit, ENF) trafen sich am 21. Januar 2017 in Koblenz, um die Wahl von Donald Trump zu feiern.

Protestdemonstration gegen die AfD in Düsseldorf am 13.02.2016

FOTO: SERGEJ LEPKE

Großkundgebung gegen die „Führer“ der rechtsextremistischen Parteien aus ganz Europa, die sich am 21. Januar 2017 in Koblenz getroffen haben.

FOTO: ARCHIV IG METALL KOBLENZ

Liegt das humanitäre Erbe Europas „im Mittelmeer begraben“? Europa nimmt nicht zu viel, sondern zu wenig Geflüchtete und Verfolgte auf. Allein Jordanien und Kenia haben mehr Geflüchtete aufgenommen als die gesamte EU. Ganz zu schweigen vom Libanon und der Türkei. Die EU hat über 500 Millionen Einwohner*innen. Fünf Millionen Geflüchtete würden nur knapp ein Prozent der Bevölkerung ausmachen!

Kundgebung „Holen Sie die Menschen aus Moria – jetzt!“ am 20.09.2020 in Düsseldorf

FOTO: ZAHRA K.

„Die armen afrikanischen Länder haben mehr Flüchtlinge aufgenommen als die EU; was Xenophobie und Rassismus betrifft, so lassen sich darin die reichen Gesellschaften … von niemandem übertreffen (…). Spezifisch für den Westen ist jedoch die Rhetorik des Universalismus (…). Bald ist die Grenze zur objektiven Heuchelei überschritten; dann erweist sich der Universalismus als moralische Falle.“

Hans Magnus Enzensberger, Aussichten auf den Bürgerkrieg 1993, S. 71 f.

Dialektik der Demokratie: „Die Demokratie bringt den einen Lebensmittel und Medikamente, den anderen … Luftlandetruppen.“ Jacques Rancierre, Das Unvernehmen. Politik und Philosophie 2002, S. 135

Demonstration Seebrücke am 21.07. 2018 in Düsseldorf FOTO: SERGEJ LEPKE

ZEICHNUNG: DAGMAR GOSEJAKOB

FOTO: ANSGAR DÜCKER

17. „Mörderische Identitäten“ – Rassismus, Antisemitismus und Fundamentalismus

Die kaltblütige Mordserie der NSU-Terroristen und die gezielte Hinrichtung der Mitarbeiter des Satire-Magazins „Charlie Hebdo“ wurden durch Rechtsextreme bzw. religiöse Fundamentalisten ausgeführt. Ebenso rational-berechnend ist die Ermordung der Geiseln in einem jüdischen Geschäft, die Hinrichtung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) oder der neunfache Mordserie in Hanau.

Karnevalswagen von Jacques Tilly, Rosenmontag 2020 in Düsseldorf

FOTO: SERGEJ LEPKE

Dies gilt auch für die Anschläge auf die Synagoge in Halle und für die vielen sonstigen Terror- und Mordattacken auf Menschen in Madrid, Istanbul, London, Paris, Berlin oder Nizza. In all diesen Fällen maßen sich die Täter an, Ankläger, Richter und Henker in einer Person zu sein.

Trotz der ideologisch unterschiedlichen Quellen und Motive haben Antisemiten, Rassisten und religiöse Fundamentalisten denselben autoritären und faschistoiden Charakter. Ob Rassisten im Namen der „weißen Rasse“ die Menschen verfolgen, ob Rechtsextremisten eine „Islamisierung des Abendlandes“ heraufbeschwören oder ob Fundamentalisten im Namen der Religion Angehörige von Minderheiten und anderen Kulturen unterdrücken und terrorisieren: Sie alle schaukeln sich gegenseitig hoch, um ihren Hass auf „Andere“, „Fremde“, „Andersdenkende“, „Andersgläubige“ auszuleben.

Diese „mörderischen Identitäten“ sind die Grundideologie der alten und Neuen Rechten jeglicher Couleur, Herkunft oder Glauben. Deshalb ist es keine Überraschung, dass wir in Deutschland nicht nur deutsch-nationale und eurozentrische identitäre Bewegungen haben, sondern auch in den Einwanderer-Communitys.

FOTO: ABDULLAH YILMAZ

Die Geschichte wiederholt sich. Die Taten ähneln sich. Nicht nur der Mörder erinnert uns an die Brutalität der NSU-Täter. Auch die hessischen Sicherheitskräfte versagten, wie auch im Fall der NSU-Mordserie. Auf der Kundgebung zum Gedenken an die Opfer am 19.02.2021 in Düsseldorf-Oberbilk.

Wie bei den Pogromen nach der Deutschen Einheit und der NSU-Mordserie werden rechte Gewalt und Rassismus weiterhin systematisch unterschätzt, verharmlost, bagatellisiert, teilweise hingenommen. Zahlreiche Politiker haben jahrelang gegen Minderheiten gehetzt und den Ungeist aus der Flasche herausgelassen. Schlimmer noch: Es gab vor und nach dem neunfachen Mordanschlag in Hanau über 60 Drohschreiben mit rassistischen Beleidigungen und Tötungsabsichten gegen eine türkischstämmige Rechtsanwältin und weitere Personen.

Bei der Polizei wurden Netzwerke von extremen Rechten enttarnt. Waffen und Munition wurden bei der Bundeswehr entwendet. Die Gründung von Klu-Klux-Klan-Vereinen unter Beteiligung von Polizisten wurde aufgedeckt.

Leseempfehlung:

QR, Broschüre der Bundeszentrale für politische Bildung: „Extreme Sicherheit. Rechtsradikae in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz“

Der Düsseldorfer Karnevalswagen von Jacques Tilly entlarvt anschaulich die wahre Gesinnung der rechtsextremistischen „Alternative für Deutschland“ (AfD).

FOTO: SERGEJ LEPKE

Auch den Vertretern des politischen Islam fällt nach jedem islamistisch-dschihadistischen Terroranschlag nur der Satz ein, dass dieser Terror mit dem „Islam“ oder allgemein mit der Religion nichts zu tun hat. Das ist so glaubwürdig, wie die Aussage, dass gewalttätige deutsche Rechtsextmeisten und Neonazis mit Deutschland oder christlicher Antijudaismus und Antisemitismus mit dem Christentum nichts zu tun haben.

FOTO: SERGEJ LEPKE (KARNEVALSWAGEN VON JACQUES TILLY, ROSENMONTAGSZUG 2015 IN DÜSSELDORF.

“Satire kann man nicht töten!?“ – Aber die Satiriker von Charlie Hebdo wurden ermordet! Karnevalswagen von Jacques Tilly, 2015.

FOTO: SERGEJ LEPKE

Kundgebung gegen die rechtsextremistische Pegida und islamistischen Terror, am 15. Januar 2015 in Düsseldorf

FOTO: NORBERT HÜSSON

18. Düsseldorf für Humanität, Solidarität und Demokratie

Foto: Martin Volkenrath

FOTO: NORBERT HÜSSON

Düsseldorf, 12. Januar 2015: Solidarität mit den Opfern und Hinterbliebenen des Terroranschlages auf die Verlagsräume der Satirezeitschrift Charlie Hebdo – und zugleich gegen die rechtsextreme Pegida und deren Ableger Dügida. Aufgenommen vom 6. Stock des Gewerkschaftshauses Friedrich-Ebert-Straße.

Die Bürger*innen sind in kürzeren Abständen gefordert, Gesicht zu zeigen: gegen Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus und religiösen Fundamentalismus. Ebenso gegen rechtspopulistische Europafeinde, Verschwörer und sogenannte rechte Querdenker. Häufig sieht sich die Zivilgesellschaft veranlasst, für Humanität und Solidarität, gegen völkerrechtswidrige Pushbacks, gegen die Misshandlung von Geflüchteten und unhaltbare Zustände in Flüchtlingslagern an den europäischen Außengrenzen, zu demonstrieren.

Kundgebung für ein soziales und weltoffenes Europa – anlässlich des 60. Jahrestages der Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in Düsseldorf, 25.03.2017. Eine festliche Stimmung – und ein geeignetes Antwort der Düsseldorfer Zivilgesellschaft auf Demokratie- und Europafeindlichkeit europäischer Rechtspopulisten.

FOTO: NORBERT HÜSSON

Antifaschistische Demonstration nach dem antisemitischen Anschlag am Wehrhahn, Düsseldorf im Juli 2000. FOTO: MEIKEL FRIEBE

Massenkundgebung „Solidarität mit Opfern des islamistischen Anschlages gegen die Satire-Zeitschrift ‚Charlie Hebdo' und gegen die Pegida/Dügida". FOTOS: NORBERT HÜSSON

FOTO: MARTIN VOLKENRATH

Wehrhahn-Anschlag 20 Jahre danach. Gedenkveranstaltung und Anbringen einer Mahntafel am Tatort – mit der damaligen Bezirksbürgermeisterin Marina Spillner und damaligen Oberbürgermeister Thomas Geisel

FOTO: MARTIN VOLKENRATH

FOTO: MARINA SPILLNER

Solidarität mit den afghanischen Frauen, September 2021 FOTO: NIHAT ÖZTÜRK

Auszubildende der Firma ThyssenKrupp Nirosta; Werk Düsseldorf-Benrath, bei einer Gedenkstättenfahrt in Auschwitz 2003 und 2004 FOTOS: JÖRG BRAUN

19. Abschied vom Paternalismus!?

Erfolg aus eigener Kraft. Es hat sich viel verändert in Deutschland. Die Einwanderung hat das gesellschaftliche Gesicht der Bundesrepublik nachhaltig geprägt und eine kosmopolitische Modernisierung bewirkt. Zudem sind die migrantischen Communities trotz Stigmatisierung, Marginalisierung und Anfeindungen erfolgreich. Aus eigener Kraft und durch eigene Leistungen, ohne „Integrationshilfen“, „Sprachkurse“ oder „Willkommen-Events“. Nicht wegen, sondern trotz der regierungsamtlichen Einwanderungspolitik.

Demokratische Teilhabe und Solidarität sind nicht teilbar – das wissen gewerkschaftlich Engagierte aus eigener Erfahrung.

FOTO: ARCHIV IG METALL RESSORT MIGRATION UND TEILHABE

Der Anspruch von gesellschaftlichen Minderheiten auf Teilhabe und Repräsentanz wird größer. Sie wollen nicht nur Chancengerechtigkeit, sondern auch Anerkennung und Beteiligung bei politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen. Deshalb haben sie ihre eigenen Organisationen gegründet und sich bundesweit vernetzt. So gibt es die Türkische, Griechische oder Kurdische Gemeinde. Es gibt die „Neuen Deutschen Organisationen“, ein bundesweites Netzwerk aus über 130 Vereinen, Initiativen und Projekte. Es gibt die Organisation der „Neuen Deutschen Medienmacher“. Es gibt ein breites Netzwerk von jüngeren, selbstbewussten Wissenschaftlern und den neu gegründeten „Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung“. Und es gibt die „MigrAntifa“, ein antifaschistisches Netzwerk von jungen Migrant*innen.

Minderheiten wollen keine von der deutschen Mehrheit definierte Integrationspolitik, sondern eine progressive Gesellschaftspolitik für alle und radikale Reformen im Bildungssystem, um die im Grundgesetz postulierte Gleichheit und Chancengerechtigkeit zu realisieren.

Kurzum: Migrant*innen fordern die Umsetzung der Kernnormen der Demokratie – Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit – für alle. FOTO: ARCHIV IG METALL RESSORT MIGRATION UND TEILHABE

Dringender Handlungsbedarf: Es gibt seit Jahren eine Einwanderung in ein Vielfach-Prekariat nach Deutschland: Einwanderer aus ärmlichen Verhältnissen Osteuropas, Afrikas und Asiens wohnen, arbeiten und leben prekär.

Zudem sind sie oft Opfer rassistischer Zuschreibungen. Diese Menschen sowie Geduldete und Papierlose erleiden schlimmste Ausbeutung und Diskriminierung. Der wirksamste Kampf gegen Rassismus ist eine gelebte Kultur und Politik der Anerkennung und Gleichstellung!

FOTO: ARCHIV IG METALL RESSORT MIGRATION UND TEILHABE

Anteil der Bundestagsabgeordneten mit Migrationshintergrund 2013, 2017 und 2021

Fraktion	BT-Wahl 2013		BT-Wahl 2017		BT-Wahl 2021	
	N	%	N	%	N	%
SPD	13	6,7	15	9,8	35	17,0
CDU	8	3,1	7	2,9	8	4,1
CSU	1	1,8	-	-	-	-
Grüne	7	11,1	10	14,9	17	14,4
FDP	-	-	5	6,3	5	5,4
AfD	-	-	8	8,7	6	7,2
DieLinke	8	12,5	13	18,8	11	28,2
SSW	-	-	1	100	1	100
Fraktionslos	-	-	1	-	-	-
Gesamt:	**37**	**5,9**	**58**	**8,2**	**83**	**11,3**

Engagement lohnt sich

Die Vertretung der migrantischen Bevölkerung im Bundestag hat sich kontinuierlich gesteigert. Der migrantische Kampf um politische Partizipation war und ist nicht umsonst. Dennoch gibt es – bei einem Anteil der migrantischen Bevölkerung in Höhe von 26 % der Gesamtbevölkerung und nur einem Anteil von 11,3 % aller Mitglieder des Bundestages – einen enormen Handlungsbedarf. Migrant*innen werden – wie People of Color, Frauen und Geflüchtete, Homosexuelle und Lesben sowie die Nachfahren der „in Auschwitz vergasten und bis heute verfolgten“ Sinti und Roma – weiterhin ihre Gleichheit und Teilhabegerechtigkeit selbstbewusst, laut und engagiert einklagen!

QUELLE: MEDIENDIENST-INTEGRATION, 29.09.2021, HRSG. VON RAT FÜR MIGRATION, BERLIN

Gesicht zeigen gegen Rassismus und Rechtsextremismus FOTO: HEIKO STUMPE

Deutsch-italienische Terre des Hommes-Gruppe Düsseldorf-Neuss FOTO: MANFRED VOLLMER

Debatte über Tarifforderungen für die Beschäftigten der Eisen- und Stahlindustrie in der Tarifkommission der IG Metall NRW – am Rednerpult: Der ehemalige Betriebsratsvorsitzende von ThyssenKrupp Nirosta Werk Düsseldorf-Benrath, Mustafa Sahin. FOTO: MANFRED VOLLMER

Zahlen und Fakten zum Erfolg der Arbeitsmigrant*innen und deren Nachkommen:

- Heute leben etwa 22,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland – das sind ca. 27 Prozent der Gesamtbevölkerung. Rund 50 Prozent der Migrant*innen besitzt schon die deutsche Staatsangehörigkeit.
- 103.000 Unternehmen wurden allein von türkeistämmigen gegründet. Diese Unternehmen haben ca. 800.000 Arbeitsplätze geschaffen.
- Manche Kinder und Enkel der sogenannten „Gastarbeiter*innen“ sind heute Abgeordnete, Minister*in, (Ober) Bürgermeister*innen, Unternehmer*innen, Professor*innen. Spitzensportler*innen oder sie sind Betriebsratsvorsitzende*r und Aufsichtsrät*innen in Großkonzernen wie VW, Daimler, MAN, ThyssenKrupp geworden und vertreten die wirtschaftlichen und sozialen Interessen von Millionen Arbeitnehmer*innen.
- Jedes Jahr bereisen Millionen deutsche Touristen vornehmlich die Herkunftsländer der ehemaligen „Gastarbeiter*innen“ rund um das Mittelmeer.

Gilbert Yimbou, ehemaliger Vertrauenskörperleiter der IG Metall und stellvertretender Betriebsratsvorsitzender bei der Firma ThyssenKrupp Nirosta, war (1999) einer der ersten Ratsherren mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Düsseldorf.

FOTO: MANFRED VOLLMER

20. Wie die „Fremde“ zur Heimat wurde. Heimat Plural

Die Definition von Heimat ist immer subjektiv. Und sie hat nicht nur räumliche, soziale, kulturelle und emotionale, sondern oft auch politisch-ideologische Dimensionen. Es gibt Menschen, die Heimat nur als Plural kennen, die eine Mutter- und eine Vatersprache haben, die permanent in zwei Sprachen, zwei Kulturen oder zwei Communities leben. Das gilt insbesondere für Einwanderer*-innen und ihre Nachfahren, die das Einwanderungsland als ihre zweite Heimat betrachten.

BILD: PLAKAT-MALAKTION DÜSSELDORFER APPELL

Serpil und **Bilgin Dincel** mit ihren Kindern Idil und Görkem haben eine zweite „Heimat im Rheinland“ aufgebaut.
FOTO: MANFRED VOLLMER

Für den Gewandmeister aus Bosnien, **Murat Kovac**, war das Düsseldorfer Schauspielhaus bis zur Rente eine zweite Heimat.
FOTO: MANFRED VOLLMER

Arm und Reich an einem Tisch war und ist das Konzept von Café Grenzenlos in Düsseldorf-Bilk, eine zweite politische Heimat des Berufsschullehrers **Davinder Singh** seit fast 30 Jahren. Davinder, der seit langem Vorstandsmitglied von Grenzenlos e. V. ist, wurde Anfang Juni 20222 zum Vorsitzenden gewählt.
FOTO: MANFRED VOLLMER

Mustafa Sahin (vorderen Reihe dritter von rechts) ist Initiator eines islamischen Gebetsraumes in Benrath und hatte zahlreiche ehrenamtliche Funktionen in Vereinen, Initiativen und vor allem in der IG Metall. Zuletzt war er Betriebsratsvorsitzender im ThyssenKrupp Nirosta Werk Düsseldorf-Benrath.
FOTO: MANFRED VOLLMER

Die reichlich mit Ikonenkunst bebilderte griechisch-orthodoxe Kirche in Düsseldorf Eller ist die zweite geistig-religiöse Heimat von **Christos** und **Avgoula Mitsopoulos** aus Epirus.
FOTO: MANFRED VOLLMER

Dramatisch ist der Heimatverlust wegen Krieg, Vertreibung, „ethnische Säuberungen“, Kolonialismus und Sklaverei, aber auch durch Naturkatastrophen oder Flucht.

Irak, Afghanistan, Syrien, Ukraine: Heimatverlust kann zu folgenschweren persönlichen Schicksalen sowie zu Staatenlosigkeit und somit zu *Rechtlosigkeit* führen.

Deshalb ist „das wichtigste Menschenrecht … das Recht, Rechte zu haben“ (Hannah Arendt)

Syrische Flüchtlinge im Libanon (September 2012)
FOTO: WIKIPEDIA

Einheit in der Vielfalt. Düsseldorf ist wirtschaftlich und kulturell globalisiert. Davon zeugen ca. 200.000 Bürger*innen, die aus über 180 Nationen stammen und größtenteils die Landeshauptstadt als ihre – zumindest zweite – Heimat betrachten. Migration, Vielfalt und Heterogenität sind eine Herausforderung für die Einwanderungsgesellschaft. Auch für „etablierte“ deutsche Organisationen und Verbände, die sich für Migrant*innen öffnen und verändern. Die ersten Organisationen, die sich geöffnet und zum Teil ihre Strukturen verändert haben, sind jene DGB-Gewerkschaften, die bereits Anfang der 1960er Jahre angefangen haben, die Arbeitsmigrant*innen systematisch zu organisieren.

Heute sind die Gewerkschaften für Mitglieder aus über 100 Nationen ein Stück Heimat geworden. Auch in Düsseldorf. Seit Jahrzehnten setzen sich Arbeitnehmer*innen gemeinsam und solidarisch für gute Arbeit und für ein gutes Leben ein. Und das unabhängig von Nationalität, Herkunft, Glauben oder kulturelle Orientierung. Das beweist: Vielfalt in der Einheit funktioniert – und es ist eine Erfolgsgarantie! Sie bietet eine Chance, dass eine wahrlich offene, kosmopolitisch-demokratische Gesellschaft entstehen kann, in der jeder Mensch **„ohne Angst verschieden sein“** und in Frieden und Würde leben kann!

Pierburger Frauen und Männer – wie vor 50 Jahren stets solidarisch und selbstbewusst. Von ihnen kann man für die Praxis lernen, dass eine solidarische Gesellschaft gelingen kann und eine Erfolgsgarantie ist. Sofern Menschen gleichberechtigt sind, sich wechselseitig mit Anerkennung und Respekt begegnen.
FOTO: VOLKER CONSOIR

Junge IG Metaller:innen mit albanischen, bosnischen, deutschen, kroatischen, tschechischen und türkischen Wurzeln aus Düsseldorf-Neuss am Ort ihres Hilfseinsatzes in der Kleinstadt Dernau/Ahrtal, die von der Flutkatastrophe betroffen wurde.
BILD: IG METALL DÜSSELDORF-NEUSS

Migration.
Etappen.
Konflikte.
Anerkennungskämpfe.

Impressum

Ausstellung

Migration.
Etappen. Konflikte. Anerkennungskämpfe.

Idee, Konzept: Nihat Öztürk
Fotos von Manfred Vollmer, Gernot Huber, Sergej Lepke und vielen anderen.
Texte:
- Tafel 1-8: Waltraud Bierwirth Nihat Öztürk
- Tafel 9-20: Nihat Öztürk
Grafische Gestaltung: Thomas Bock, buerobock.de
Unterstützer und Kooperationspartner: Mosaik e. V., Düsseldorfer Beiträge „Respekt und Mut“/Düsseldorfer Appell, Gerhart-Hauptmann-Haus, Multikulturelles Forum und Stadtbüchereien Düsseldorf – KAP 1

Begleitbuch der Ausstellung

Herausgeber: Nihat Öztürk
Texte von Christiane Benner, Alexander Häusler, Nihat Öztürk
Fotos von Manfred Vollmer, Gernot Huber, Sergej Lepke und vielen anderen.
Schlusslektorat: Cemal Öztürk, Christian Sprenger
Layout, Gestaltung: Christian Sprenger
Verlag DIE BUCHMACHEREI
Postfach 61 30 46, 10964 Berlin
Webseite: www.diebuchmacherei.de
E-Mail: kontakt@diebuchmacherei.de
Druck: SDL Digitaler Buchdruck Berlin
Unterstützung der Buchpublikation: IG Metall, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mosaik e.V.,

160 Seiten, zahlreiche Fotos, Festeinband,
ISBN 978-3-9823317-6-8
Verlag Die Buchmacherei Berlin
Preis: 22 Euro

Danksagung

Die Ausstellung Etappen, Konflikte und Anerkennungskämpfe der Migration und das gleichnamige Buch wurden in ehrenamtlicher Arbeit und mit Unterstützung von einigen antirassistischen und interkulturellen Vereinen realisiert. Dies war nur möglich, weil viele Fotograf*innen, darunter Manfred Vollmer, Gernot Huber, Sergej Lepke, Norbert Hüsson und Künstler*innen, Journalist*innen, politische Aktivist*innen, Gewerkschafter*innen, Freund*innen sowie Stiftungen und Verlage Fotos, Grafiken und Dokumente unentgeltlich zur Verfügung gestellt haben.

Ihnen allen möchte ich an dieser Stelle herzlich danken.

Namentlich danke ich für die unentgeltliche Überlassung von Fotos und Grafiken, und kollegiale Beratung sowie Unterstützung: Senem Aksun, Christiane Benner, Waltraud Bierwirth, Serdar Agit Boztemur, Dieter Braeg, Jörg Braun, Sükran Budak, Volker Consoir, Ansgar Dücker, Meikel Friebe, Fessum Ghirmazion, Dagmar Gosejakob, Alexander Häusler, Klaus Peter Hommes, Gernot Huber, Norbert Hüsson, Susanne Jasper, Christian Jäger, Rainer Jung, Zahra K., Dilan Karacadag, Deniz Keskin, Jupp Legrand, Monika Lent-Öztürk, Sergej Lepke, Lilly Löwen, Christian Mansfeld, Antonino Mirra, Andre Mompour, Volker Neupert, Bruno Neurath-Wilson, Ina Oberländer, Hasan Özen, Cemal Öztürk, Mehmet Öztürk, Gabriele Reckhard, Klaus Reuter, Herbert Schedlbauer, Katja Schlenker, Marina Spillner, Christian Sprenger, Ulrich Erker-Sonnabend, Heiko Stumpe, Jacques Tilly, Serpil Ünvar, Manfred Vollmer, Petra Wlecklik, Ali Yener und Abdullah Yilmaz sowie dem Verlag Die Buchmacherei, dem Correctiv-Verlag, der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung, Otto-Brenner-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung, dem Stadtarchiv Düsseldorf, der IG Metall, dem Mosaik e. V. und den Kooperationspartnern Düsseldorfer Beiträge „Respekt und Mut“, Gerhart-Hauptmann-Haus, Multikulturelles Forum und der Zentralbibliothek Düsseldorf.

Nihat Öztürk, Juli 2022

Infos und Kontakt

Nihat Öztürk
Mosaik e. V.
+49 172 833 81 19
n.oeztuerk55@gmail.com

Eine Ausstellung von Mosaik e. V. mit Unterstützung von: IG Metall Vorstand, Ressort Migration und Teilhabe, Düsseldorfer Beiträge „Respekt und Mut“/Düsseldorfer Appell, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Multikulturelles Forum und Stadtbüchereien Düsseldorf

IG Metall Vorstand, Ressort Migration und Teilhabe

Landeshauptstadt Düsseldorf
Stadtbüchereien

FOTO: MANFRED VOLLMER